

Handelspolitische Kommission.

Gestern fand eine Sitzung der 1. Sektion der Handelspolitischen Kommission (Sektion für allgemeine handelspolitische Fragen) statt, auf deren Tagesordnung die Erörterung der Frage unserer künftigen wirtschaftlichen Beziehungen zu dem Deutschen Reich und zu Ungarn stand.

Der Präsident der Handelspolitischen Kommission Bürgermeister Dr. Weiskirchner begrüßte die Versammlung und leitete die Verhandlungen mit Ausführungen ein, in denen er u. a. ausführte: Als im Jahre 1913 der Kammerpräsident v. Schöeller und ich die Handelspolitische Kommission ins Leben riefen, war es unsere Absicht, jene Fragen zur öffentlichen Diskussion zu stellen, die sich aus der kommenden Neuordnung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande und aus der Neuordnung unserer Verhältnisse zu Ungarn ergaben. Zunächst hatten nun allerdings die kriegerischen Ereignisse zur Folge, daß die Handelspolitische Kommission für jene ruhige Friedensarbeit, welche wir ihr bei ihrer Schaffung zugedacht hatten, weder Ruhe noch Muße gefunden hatte und wir mußten diese Hauptfragen, für die sie eigentlich gegründet wurde, zunächst zurückstellen. Insbesondere erfuhr auch die in mehreren Sitzungen begonnenen Arbeiten der mit Handelsverträgen und Ausgleich befaßten ersten Sektion, die noch kurz vor Kriegsausbruch gelagt hatte, eine Unterbrechung. Allerdings bedeutete dies nicht die vollständige Pahnlegung der gesamten Kommission; insbesondere jene ihrer Sektionen, welche sich mit den Fragen der Lebensmittelversorgung zu befassen hat, hat seit Jahresfrist eine außerordentliche Tätigkeit entfaltet und vielleicht als einzige größere Beratungsförperschaft in ständigen, fast wöchentlich wiederholten Sitzungen getagt. Das reiche Material, das ihre Beratungen zulage förderten, die zahlreichen Vorschläge, die sie erstattet, geben der Gemeinde Wien und ihren Funktionären manche Richtschnur für ihr Verhalten und dürften in einzelnen Punkten auch bei den einschlägigen Maßnahmen der Regierung nicht ganz unbeachtet geblieben sein.

Es ist klar, daß wir ein abschließendes Urteil über unsere zukünftige Handelspolitik während der Dauer des Krieges nicht fällen können, da wir die endgiltigen Ergebnisse dieses Krieges nicht voraussehen können. Aber ebenso klar ist es, daß an eine einfache Fortsetzung unserer bisherigen Handelspolitik nach dem Kriege nicht zu denken ist, sondern daß wir mit den weittragendsten Veränderungen der Weltwirtschaft als solcher und der Beziehungen der Staaten untereinander zu rechnen haben, deren Richtlinien sich heute bereits vielfach ankündigen.

Wir sehen bereits, daß sich unter den uns feindlichen Staaten handelspolitische Verständigungen anbahnen, die gegen die Centralmächte auch in der Zeit nach dem Weltkriege gerichtet sind und den gegenwärtig geführten Wirtschafts- und Handelskrieg unter Umständen fortsetzen sollen. Alle Verträge, die uns nach allen Seiten gebunden haben, sind gerissen, der Frankfurter Frieden und seine bekannte Meistbegünstigungsklausel ist beseitigt und auch unser anderer Bundesgenosse, die Türkei, wird durch diesen Krieg aus der Abhängigkeit alter Traktate und Kapitulationen endgiltig befreit und für eine moderne Ordnung seiner Beziehungen zum Auslande geeignet gemacht werden. Wie werden wir nun den auch nach dem Kriege drohenden wirtschaftlichen Gefahren die Stirne bieten? Es scheint mir heute bereits festzustehen, daß wir gegenüber den wirtschaftlichen Weltmächten, die schon bestehen oder die uns die Zukunft bringen wird, isoliert in eine sehr gefährliche Lage geraten würden. Wir werden uns daher in erster Linie mit unseren Bundesgenossen, namentlich aber mit dem Deutschen Reich, zu verständigen haben und trachten müssen, das politische und militärische Einvernehmen, das bisher zu so glänzenden Ergebnissen geführt hat, auch auf wirtschaft-

lichem Gebiete fortzusetzen. Zunächst zum Zwecke wirtschaftlicher Abwehr und Verteidigung, aber auch zur gemeinsamen Ruhbarmachung der Früchte, die uns dieser gemeinsam geführte Krieg bringen soll. Wir werden uns mit unseren militärischen Bundesgenossen beizeiten einigen müssen über Grundsätze und Ziele jener wirtschaftlichen Expansion, insbesondere nach dem Südosten und den darüber hinausgehenden Gebieten, der unsere vereinigten Heere mit ihrem heldenmütigen Ringen Tor und Weg eröffnen wollen. Wie die Verständigung mit Deutschland geschehen soll, ist eine jener Fragen, die heute bereits wenigstens in den Grundlagen erörtert und deren verschiedene Möglichkeiten schon heute diskutiert werden können, wenn auch, wie ich eingangs bemerkt habe, ein endgiltiges Urteil über unsere gesamte handelspolitische Arbeit noch nicht abgegeben werden kann.

Die zweite Frage, die streng genommen, schon früher oder wenigstens gleichzeitig mit dieser ihrer Erlebigung zuzuführen wäre, ist jene der Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn. Die Regelung unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn ist sicherlich Voraussetzung, ja Grundbedingung der Erneuerung unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande. Sie ist aber in so vielfacher und inniger Verknüpfung mit dieser, daß sie nicht allein gelöst werden kann, sondern immer nur in entsprechender Beziehung zu dem, was die beiden Staaten hinsichtlich ihrer zukünftigen Außenpolitik wünschen und anstreben. Vielleicht wird schon unser Zolltarif ein wesentlicher Bestandteil unseres Ausgleiches mit Ungarn, der auf die bisherige kontinentale Vertragspolitik zugeschnitten war, die eine oder andere wichtige Aenderung erfahren müssen, um den neuen Verhältnissen gerecht zu werden. Etwas territoriale Veränderungen und Neuordnungen im Süden der Monarchie müßten zweifelsohne wichtige Abänderungen der verkehrspolitischen Abmachungen mit Ungarn hinsichtlich der nach dem Balkan führenden Bahnen nach sich ziehen, die bekanntlich einen wichtigen, vieldiskutierten Gegenstand des Ausgleiches bildeten. Auch die großen staatsfinanziellen Fragen, welche die Riesenkosten des Krieges, der Aufwand für eine ausreichende Invalidentfürsorge mit sich bringen, werden sich in dem zukünftigen Ausgleichswerke wieder spiegeln. Endlich wird die Frage der Dauer eines zukünftigen Ausgleiches nur im Zusammenhange mit der Regelung unserer auswärtigen Verhältnisse, und zwar wie wir hoffen, im Sinne der dauernden Herstellung guter Beziehungen zu dem Bruderstaate erledigt werden können. Es ist also begreiflich, daß es sogar ein großer Fehler wäre, wenn wir uns heute wechselseitig die Hände binden würden, mit denen wir auch nach außen geben und empfangen, uns zu verteidigen oder anzuschließen haben werden.

Niemand hat ein größeres Recht darauf, über diese Dinge rechtzeitig und aufmerksam gehört zu werden wie Sie, meine verehrten Anwesenden. Sie besitzen Einblick in diese Dinge. Soweit die Gemeinde Wien in Frage kommt, und ich bin überzeugt, auch die Wiener Handelskammer, werden wir die uns durch das Gesetz eingeräumte Stellung dazu bemühen, um nach Kräften Ihren berechtigten Forderungen und Wünschen auch bei den maßgebenden Regierungsstellen zum Gehör zu verhelfen. (Lebhafte Beifall.)

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet hierauf die Debatte.